

II - 1780 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 846/J

A N F R A G E

1987 -10- 01

der Abgeordneten Dr. Khol, Dr. Stummvoll, Dr. Hafner  
und Kollegen

an den Bundeskanzler

betreffend die Vorlage eines Berichtes über eingeleitete Maßnahmen und abgeschlossene Vorhaben zur Petition Nr. 3 "Geborene für Ungeborene"

Am 24.10.1984 wurde dem Nationalrat eine Petition übergeben, die von der Aktion "Geborene für Ungeborene" eingebracht wurde, unterstützt von 200.000 Unterschriften. Sie lautete:

"Petition

an die Mitglieder des National- und Bundesrates

Betroffen von der Tatsache,

- o daß in unserem Land tausende Kinder vor ihrer Geburt durch Abtreibung getötet werden,
- o daß dadurch die körperliche und seelische Gesundheit tausender Frauen gefährdet wird,
- o daß somit Gewaltanwendung gegen Menschen in unserem Land täglich praktiziert wird,

treten wir an Sie als Mitglieder des Parlaments und damit an diejenigen, welche große Verantwortung für die Menschen unseres Landes tragen, heran:

- o Tun Sie alles, was in Ihrer Macht steht, damit jedes in Österreich empfangene Kind seine Geburt erleben kann.
- o Schaffen Sie Voraussetzungen, daß keine Frau in Österreich meinen muß, aus Not ihr Kind abtreiben zu müssen.
- o Setzen Sie ein deutliches Signal, daß Abtreibung keine annehmbare Art der Geburtenregelung ist!

-2-

Insbesondere fordern wir Sie auf, folgende konkrete Schritte zu unternehmen:

Setzen Sie sich für eine gezielte Erziehung der Jugend unseres Landes zum verantwortungsvollen Umgang mit der Sexualität und zur Achtung vor dem Kind im Mutterleib ein. Hierbei soll die Verantwortung des Mannes für das von ihm gezeugte Kind betont werden.

Nützen Sie Ihre Möglichkeiten zur Information der Bevölkerung und weisen Sie auch beständig auf den unantastbaren Wert menschlichen Lebens - auch vor der Geburt - hin.

Errichten Sie einen Hilfsfonds für Schwangere in Not, aus dessen Mitteln Frauen, die durch ein ungeborenes Kind in materielle Bedrängnis geraten sind, unbürokratisch geholfen werden kann.

Verhindern Sie, daß Frauen, die durch ein ungeborenes Kind in eine persönliche Konfliktsituation gekommen sind, von Personen ihrer Umgebung zur Abtreibung gedrängt und erpreßt werden können.

Verhindern Sie, daß für die Tötung von Kindern im Mutterleib Werbung betrieben wird.

Fördern Sie alle Initiativen, besonders auch private, die ein kinderfreundliches Klima in unserem Land schaffen können.

Suchen Sie nach neuen Wegen, wie in der Sozialgesetzgebung und im Steuerrecht, damit jene, die ein Kind erziehen, nicht diskriminiert werden. Setzen Sie ein Signal, daß sie die soziale, kulturelle und menschliche Leistung der Frauen und Männer anerkennen, die in besonderer Weise Energie, Zeit und Geld für die kommende Generation aufbringen."

-3-

Diese Petition wurde im Nationalrat eingehend beraten. Als Ergebnis wurde eine EntschlieÙung des Nationalrates am 3.5.1985 angenommen. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert:

"Die Bundesregierung wird ersucht, auf die Länder einzuwirken, ihre Sozialhilfegesetze dahingehend auszubauen, daÙ in sozial beruckichtigungswurdigen Fällen eine Ausweitung der materiellen Unterstützung in Anlehnung an das Modell des Karenzurlaubsgeldes für jene Mütter geschaffen wird, die keinen Anspruch auf Karenzurlaubsgeld haben, insbesondere für in Ausbildung stehende Mütter.

Weiters wird die Bundesregierung ersucht, auf die Länder und Gemeinden dahingehend einzuwirken, daÙ diese in ihren Kompetenzbereich fallende MaÙnahmen zur Herstellung eines kinderfreundlichen Klimas durchführen, wie die Schaffung kindergerechter Wohnungen, Spiel- und Freizeiteinrichtungen und den Ausbau von ganztägigen Betreuungseinrichtungen für Kinder sowie den Ausbau von Familienberatungsstellen verstärkt fortführen."

Um festzustellen, ob und in welchem Umfang die in der EntschlieÙung des Nationalrates vom 3.5.1985 zur Petition Nr.3 "Geborene für Ungeborene" vom Nationalrat vorgeschlagenen MaÙnahmen seitens der Bundesregierung und der Bundesminister auch tatsächlich ausgelöst wurden bzw. bereits eingeleitete MaÙnahmen zum AbschluÙ gebracht werden konnten, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

Anfrage:

1. Welche vom Nationalrat vorgeschlagenen MaÙnahmen wurden von der Bundesregierung eingeleitet?

-4-

2. Welche Vorhaben konnten bereits zum Abschluß gebracht werden?
3. Gegebenenfalls: warum wurden keine Maßnahmen eingeleitet bzw. eingeleitete Vorhaben nicht zum Abschluß gebracht?
4. Wann gedenken Sie, die Maßnahmen einzuleiten bzw. welche Vorhaben zum Abschluß zu bringen?